

Die Presse als moralische Instanz

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347580>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Richard Lienhard

Die Presse als moralische Instanz

«Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, dass Meinungsverschiedenheiten über die Grundanschauungen oder die Taktik der Partei anders als in vollster Öffentlichkeit verhandelt werden können.»

August Bebel, «Neue Zeit», XX. Jg., S. 105

Dass die Presse als moralische Instanz zu gelten habe, mag für manchen eine Provokation bedeuten. Wer hat nicht schon mit der Presse oder mit einzelnen Journalisten schlechte Erfahrungen gemacht? Nichts wäre aber verfehlter als eine Beurteilung der Presse aus der Sicht ihrer Entgleisungen. In der Demokratie leben heisst nun einmal mit dem Risiko des Unzulänglichen leben. Uns interessiert *die Sache an sich*. Wer könnte vergessen, welche bedeutende Rolle der Presse im Kampf um die moderne Demokratie zugefallen ist.

Requiem in Orange

Ein aussergewöhnliches Ereignis gab uns kürzlich Anlass, wieder einmal über die Aufgabe der Presse nachzudenken: ich meine den Tod der Tageszeitung «Die Tat», die mit ihrem leuchtenden Signet in Orange vorwiegend auf dem Boulevard zum Verkauf gelangte. Zu den Kondolierenden drängten sich auch einige sozialdemokratische Redaktoren sowie der SP-Pressedienst, so dass man auf den ersten Blick hätte annehmen können, es sei ein linkes Parteiblatt eingegangen. Ich entsinne mich nicht, dass beim Tod eines unserer sozialdemokratischen Blätter so viel Aufhebens gemacht worden wäre.

Soweit sich diese Beileidsbezeugungen auf die Opfer eines gewerkschaftsfeindlichen Kurses bezogen, ist dagegen sicherlich nichts einzuwenden. Dabei dürfen aber schwerwiegende Fehlleistungen der «Tat»-Journalisten nicht übersehen werden. Hier bin ich in der angenehmen Lage, Redaktor *F. Hänni* zu zitieren. In der sehr linken Zeitschrift «Das Konzept» hat er unter dem Titel «,Soziales‘ Alibi aussortimentiert» Ausführungen gemacht, die es verdienen, festgehalten zu werden:

«Doch auch im zweiten Kampf begingen die inzwischen in eindrücklicher Einigkeit auftretenden ‚Tat‘-Macher entscheidende Fehler, deren

Korrektur im Lauf des Konflikts nur teilweise gelang. So fixierten sich die Lohnschreiber vom Limmatplatz in unverständlicher Weise auf die Ablehnung der Person Karl Vögelis, ähnlich wie sie sich zwei Monate zuvor an den schliesslich fürstlich abgefundenen Schawinski geklammert hatten. Die Machart der ‚Tat‘-Schreibe bestand eben fast ausschliesslich in der Personalisierung von Sachverhalten . . .»

Überzeugend verweist Hänni sodann noch auf einen weitem Tatbestand, der in der übrigen Linkspresse mit keiner Silbe erwähnt wurde:

«Völlig frei von intellektueller Arroganz war das Verhalten der – auch in Sachen Entlohnung – privilegierten ‚Tat‘-Redaktoren nie. Es kam vor, dass die Schwerarbeiter der Alternativ- und Linkspresse ausgerechnet von jenen, die mit den Migros-Millionen im Rücken den Recherchierjournalismus entdeckt zu haben glaubten, belächelt wurden. Und selbst während des Streiks vermeinten die ‚Tat‘-Macher, in ihren ‚Wut‘-Anfällen die Redaktionen der linken Tagespresse totschweigen zu müssen (bürgerliche bis stockbürgerliche Blätter kamen ausgiebig zu Wort).»

Redaktor Hänni mag eine andere Vorstellung vom Weg zur Sozialdemokratie haben als ich; aber es ehrt ihn, dass er in seinem Kommentar zum «Tat»-Tod nicht einfach an der Oberfläche blieb, sondern aus linker (statt pseudolinker) Sicht den Dingen an die Wurzel ging.

Der SPS-Pressedienst schrieb zum Tod der «Tat», der Untergang dieser engagierten Tageszeitung sei zu beklagen; denn sie habe es verstanden, «Informationsdefizite der Massenmedien» aufzuzeigen. Die Aufgabe der «Tat» stelle somit ein «medienpolitischer Schritt von grösster Tragweite» dar (!). Wie es mit dieser Tragweite bestellt ist, darauf soll im folgenden kurz eingegangen werden.

Die «Tat» war keine echte Boulevard-Zeitung

Gemäss dem Charakter unserer Zeitschrift sind wir gezwungen zu differenzieren: Es gibt *echte* und *unechte* Boulevard-Zeitungen.

Die *echte* Boulevard-Zeitung versteht es, das Wichtigste und Interessanteste vom Tag in einer Form zu präsentieren, die es jedermann gestattet, eine Nachricht und die Meinung dazu ohne Mühe zu begreifen. Man denke an den «Daily Mirror» in London, die «Daily News» in New York oder den «France Soir» in Paris. Die Herausgeber und Journalisten dieser Blätter bemühen sich, mit kecken Titeln, graphischen Hilfsmitteln und selbstleserlichem Stil wichtige Anliegen Millionen von Bürgern verständlich zu machen. Man darf diesen Blättern zugute halten, dass sie sich darum bemühen, die Grenzen des guten Geschmacks nicht zu überschreiten und auch bei harter Kritik die Grenzen der Privatsphäre des einzelnen nicht zu

verletzen. Sie erfüllen damit eine wichtige publizistische, aber auch staatspolitische Aufgabe. Mit Recht dürfen sie sich gegen den abwertenden Beigeschmack der Boulevard-Zeitung zur Wehr setzen.

Anders liegen die Dinge bei der *unechten* – denaturierten – Boulevard-Zeitung. Das Merkmal dieser Art Presse ist, dass sie dem Leser nach dem Mund schreibt; denn massgebend ist dort allein, eine möglichst hohe Auflage zu erzielen. Durch Überbewertung unwichtiger und oft nebensächlicher Nachrichten wird in Kauf genommen, dass die Urteilskraft des Lesers stark geschwächt wird. Die Mehrzahl der Leser, die eine solche Zeitung kaufen, muss notgedrungen zu dem Schluss kommen, dass das, was gross dargestellt wird, auch wirklich gross ist. Dadurch kommt es häufig zur Verzerrung, ja Umkehrung der Werte. Auf Seriosität wird keine Rücksicht genommen. Unwahrheiten, Halbwahrheiten und tendenziöse Berichte beherrschen die Szene. Das Beispiel für diese Art Boulevard-Zeitung liegt zum Greifen nah: die in der BRD erscheinende «Bild-Zeitung».

Die zweite Auflage der «Tat» – die mit Duttweilers «Tat» nichts mehr zu tun hatte – glich eher einer *unechten* Boulevard-Zeitung. Zu sehr hatte sie sich dem Vorbild der «Bild-Zeitung» verschrieben. Gewiss: es gelang ihr immer wieder, auch Fragen und Probleme aufzuwerfen, die im Interesse der Allgemeinheit gelöst werden sollten. Sicher wurde auch «links» geschrieben, so etwa in Konsumenten- und Mieterfragen. Aber es fehlte doch jede *grundsätzliche* Sozialkritik. Das *Destruktive* überwog, und so war diese Zeitung weit davon entfernt, als moralische Instanz zu wirken. Und da sollen wir ihr noch Tränen nachweinen?

SP — Deine Presse

Die sozialdemokratische Presse war in ihren Anfängen der am schärfsten ausgebildete Typus der Meinungspressen und somit der eigentliche Gegensatz zu jenen Journalen, die dem Leser nach dem Munde zu schreiben pflegen. Mittlerweile hat sich die SP-Presse immer mehr zur Informationspresse entwickelt. Als solche bekommt sie natürlich die mächtige Konkurrenz der Massenmedien wie Fernsehen, Radio und die sich immer stärker entwickelnden Gratisanzeiger zu spüren. Gewiss besteht der Nachteil der Meinungspressen darin, dass sie über einen Kreis von Interessenten nicht hinauskommt, da die Zahl der Leser, die vor allem durch Gesinnungsargumente ansprechbar sind, beschränkt ist. Auf der andern Seite bleibt zu beachten, dass es bei der ungeheuren Konzentrationsentwicklung im Pressewesen auf alle Fälle schwer ist, sich zu behaupten. Eine Zeitung kann unter diesen Umständen um so eher überleben, je mehr sie *Spezialzeitung* ist. In einer zuverlässigen linken Alternativzeitung sehe ich eine solche Möglichkeit. Ihre Aufgabe kann sich natürlich nicht darauf beschränken, alles herunterzureissen, sondern der Akzent muss deutlich auf dem Wort «alternativ» liegen. «Sozialdemokrat ist, wer den Freisinn in die

Haxe beisst» scheint mir eine nicht ganz ausreichende Definition für «Sozialdemokratie» zu sein.

Nebst der Gesinnungspflege kommt der sozialdemokratischen Presse auch die Aufgabe zu, dem Bildungswesen zu dienen. Die Bildungsarbeit in unserer Partei ist in den letzten Jahren völlig vernachlässigt worden. Hier muss unsere Presse in die Bresche springen, und damit ist auch schon eine wichtige Aufgabe des SP-Pressedienstes angedeutet. Aber was las ich da kürzlich aus der Feder von Pressesekretär *Peter Graf*? Die SP Schweiz, so schrieb er in der SP-Tagespresse, sei keine Regierungspartei und keine Volkspartei, sondern sie sei «eine sozialdemokratische Partei mit anspruchsvollen Zielsetzungen». Eine solche Definition darf man nicht im Raume stehen lassen. Nach unserem Parteiprogramm ist die SPS – gleich der SPD und SPÖ – eine Volkspartei*. Wenn Peter Graf der Meinung ist, sie sei es nicht oder nicht mehr, sondern etwa wieder eine Klassenpartei, dann möge er es sagen, damit man weiss, worüber diskutiert werden soll. Klare Begriffsbestimmung ist Voraussetzung jeder Bildungsarbeit. Es geht nicht an, immer wieder Feuerwerke zu entzünden und die Leser dann im Dunkeln zu lassen.

Die SP-Presse ist traditionsgemäss mehr als zuträglich Zielscheibe der Kritik aus dem eigenen Leserkreis. Sie erscheint mir nicht immer als gerechtfertigt. Wo sie es ist, frage ich mich, ob es nicht klüger wäre, aufzuzeigen, wie man es besser machen könnte. Und dies geschieht doch wohl am besten durch Abfassung eines eigenen Beitrages. Man mag unserer Presse vorwerfen, sie wirke im allgemeinen zu negativ. Nun rekrutieren sich aber die meisten unserer sozialdemokratischen Redaktoren aus dem jugendlichen Element. Man muss ihnen zugute halten, dass die Anforderungen, wie sie heute an den Journalisten gestellt werden, enorm sind. Das gesellschaftliche Leben ist komplizierter geworden. Der journalistische Beruf verlangt nicht nur Temperament und Engagement, sondern auch ein ungeheures Wissen. Hier könnte und müsste die Partei ihren Beitrag leisten. Das ganze intellektuelle Potential unserer sozialdemokratischen Volksvertreter und weiterer Vertrauensleute (Chefbeamte, Professoren, Richter usw.) müsste da einmal mobilisiert werden. Wo bleiben zum Beispiel die Ergebnisse all der unzähligen Arbeits- und Studiengruppen, welche die SPS zusammenzustellen pflegt. Auf diese Ergebnisse wäre der sozialdemokratische Redaktor angewiesen, um sie, in volkstümliche Form gebracht, an die Basis weiterzuleiten. Aber die gegenüber solchen Anregungen wetterfesten Funktionäre des Parteiapparates haben bis heute noch nicht reagiert.

* Vgl. dazu die ausgezeichnete Dokumentation von *Erich Gruner* «Die Parteien in der Schweiz», insbesondere das Kapitel über den Weg der SPS von der Klassenpartei zur Volkspartei (S. 142 ff.); dazu auch *Paul Schmid-Ammann* «Unterwegs zur sozialen Demokratie».

Dass unsere sozialdemokratischen Redaktoren auch davon überzeugt sind, die Presse sei eine moralische Instanz, daran zweifle ich nicht. Wenn gesagt wird: «Der Sozialismus ist ethisch, oder er wird nicht sein», so hat dies auch für seine Presse zu gelten.

Druckerschwärze für Meinungsvielfalt

Die Mitglieder der sozialistischen Internationale bekennen sich auch zu einem *theoretischen* Organ. So ist «Die Neue Gesellschaft» das theoretische Blatt der SPD und beschäftigt drei vollamtliche Redakteure (inklusive Chefredaktor). «Die Zukunft» heisst die theoretische Zeitschrift der SPÖ. Dort sind ebenfalls drei vollamtliche Redakteure tätig mit einem Chefredaktor an der Spitze. Beide Blätter werden durch enorme Beiträge aus der Parteikasse gestützt. Die Partei tritt indessen nach aussen nicht in Erscheinung. Als Herausgeber zeichnen Verlage. Offensichtlich will man damit verhindern, dass das theoretische Organ zum Parteiamtsblatt wird. Diese Distanz ermöglicht auch diesen Monatsschriften, gelegentlich recht kräftig Kritik an der eigenen Partei zu üben.

1921 hat die SPS ihr theoretisches Organ geschaffen (zunächst unter der Bezeichnung «Rote Revue» und später – gemäss fast einstimmigem Beschluss der SPS-Geschäftsleitung – unter dem Namen «Profil»). Als Herausgeberin zeichnet – im Gegensatz zu den ausländischen Organen – die Partei. P. Graf irrt sympathisch und utopisch, wenn er schreibt, unserm Blatt stehe ein Chefredaktor vor. Redigiert wird es von einem nebenberuflich tätigen Redaktor. «Nebenberuflich» ist hier die schöne Umschreibung für eine nervenaufreibende Freizeitbeschäftigung. Der Vorteil dieser Lösung liegt darin, dass unsere Zeitschrift nicht in den roten Zahlen steckt. Nachdem seit einigen Jahren die Abonnentenzahl um mehr als das Doppelte gesteigert werden konnte, ist sie selbsttragend geworden. Die SPS entrichtet der Eigentümerin eine Subvention von Fr. 600.– im Jahr (in Worten: Franken sechshundert), was pro Nummer Fr. 50.– ausmacht (!). Das reicht gerade aus, um die Gratisabonnements zu finanzieren.

Wie alles in der Partei ist auch unsere Zeitschrift immer wieder der Reform bedürftig. Warum nicht ein grösseres Format, mehr Seiten und mehr Redaktoren? All das aber muss bezahlt werden. Und zwar müsste dies zu Lasten der Herausgeberin gehen. Wollen wir das? Aus der Sicht der Redaktion wäre dagegen nichts einzuwenden. Als Parteimitglied frage ich mich: Lohnt sich ein beträchtlicher finanzieller Aufwand ausgerechnet bei einer theoretischen Schrift, wo die Zahl der Interessenten zum vornherein sehr beschränkt ist? Warum diese Mittel nicht für die Förderung der Tageszeitung und für die immer wieder postulierte Wochenzeitung aufwenden? Aber darüber müssen schliesslich die Parteiinstanzen entscheiden.

Auch an der Kritik gegenüber unserer Zeitschrift fehlt es nicht. Da kommen Leute, die noch nie einen Artikel für unser Blatt verfasst haben

und fragen: Warum bringt ihr denn nicht mehr Theorie, und warum verfasst ihr sie nicht radikaler, kompromissloser, progressiver?

Wer so redet, hat das Thema gründlich verfehlt. Er plädiert nicht für die Reform einer seriösen theoretischen Schrift, sondern für deren Untergang.

Wir sind – mit Verlaub gesagt – kein Organ der deutschen Jusos, um die es übrigens in letzter Zeit auffallend ruhig geworden ist. Nach unserer Auffassung hat Theorie der umfassenden Erklärung gesellschaftlicher Vorgänge zu dienen. *Theorie darf kein Dogma sein.* Sie muss sich vielmehr mit der sich weitenden Erkenntnis der Gesellschaftswirklichkeit fortentwickeln. Deshalb hat sie in ständiger Wechselwirkung mit der Praxis zu bleiben. Eine Theorie, die nicht früher oder später Praxis wird, ist zu wenig. Deshalb geht es auch in einer theoretischen Schrift nicht an, den Lesern etwas vorzumachen, was nicht vollzogen werden kann.

Gewiss fällt den Theoretikern bei der evolutionären Entwicklung der Sozialdemokratie eine wichtige Aufgabe zu. Wenn sie aber in den Radikalismus auswandern, entziehen sie der Demokratie den evolutionären Impuls. Sie verlieren damit auch jeden Einfluss auf die Pragmatiker und hemmen so die soziale Entwicklung, statt sie zu fördern. *Sich zu einer Politik des konkreten und begrenzten Fortschrittes zu bekennen, mag als unheroisch bezeichnet werden. Die Erfahrung zeigt aber, dass eine Politik der radikalen und endgültigen Lösungen der Sozialdemokratie mehr schadet als nützt.* Deshalb betrachte ich auch den Kompromiss zwischen dem, was ist, und dem, was sein sollte, nicht als verdammenswert. Jedenfalls sehe ich darin mehr Fortschritt als im ständigen Versuch, ausschliessliche Lösungen anzustreben und dabei die naheliegenden Dinge zu vernachlässigen.

Ich weiss, dass man solche Auffassungen nicht überall gerne hört, weil sie nicht in die perfektionierten Vorstellungen von Heilsbringern und Wolkenstürmern hineinpassen. Mögen meine Kritiker in hellen Scharen ihr Kriegshandwerk gegen unser Blatt betreiben, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass die Sozialdemokratie auf die Vielzahl und Vielfalt der Meinungsorgane angewiesen ist. Hier muss auch unsere Monatsschrift noch ihren Platz haben. Meinungsvielfalt ist die Voraussetzung jeder Meinungsfreiheit. Nur so kann der Triumph der Wahrheit stattfinden; denn das Wissen aus einem *einzigem* Meinungsorgan bleibt immer Stückwerk. Wer dies erkennt und danach handelt, leistet der Sozialdemokratie und ihrer Presse den besten Dienst. Nur so kann die SP-Presse das werden, was sie eigentlich sein sollte: eine moralische Instanz.